

Anklage gegen K+S-Chef Norbert Steiner

KASSEL. Weil der Kali-Produzent K+S über Jahre Trinkwasser mit Salzabwasser verunreinigt haben soll, sind K+S-Chef Norbert Steiner und der Aufsichtsratsvorsitzende Ralf Bethke angeklagt worden. Die Staatsanwaltschaft im thüringischen Meiningen wirft ihnen Gewässerverunreinigung und unerlaubten Umgang mit Abfällen vor. Die Anklage war bereits seit einiger Zeit bekannt, am Freitag bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass sich die Vorwürfe auch gegen die beiden Topmanager richten.

Angeklagt sind insgesamt 14 K+S-Mitarbeiter, darunter auch weitere Vorstandsmitglieder, sowie zwei Mitarbeiter und ein ehemaliger Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes. K+S wollte sich dazu am Freitag nicht äußern. Im September 2015 hatten Ermittler wegen des Verdachts illegaler Abfallentsorgung Büro- und Geschäftsräume von K+S sowie zwei Privathäuser durchsucht.

Es geht um 9,5 Millionen Kubikmeter Salzabwasser, die K+S von 1999 bis 2007 in eine poröse Gesteinsschicht unter der thüringischen Gemeinde Gerstungen gepumpt haben soll. Dadurch habe K+S das „vorkommende natürliche Salzwasser, aber auch das Trinkwasser nachhaltig verunreinigt“, so die Auffassung der Staatsanwaltschaft. Das Salzabwasser fällt bei der Kali-Produktion für Düngemittel an. Die Genehmigung für die Versenkung erteilte das Landesbergamt. Der Staatsanwaltschaft zufolge muss K+S und der Behörde bewusst gewesen sein, „dass die Genehmigungen rechtlich nicht zu vertreten gewesen sind“.

» Die K+S-Spitze im Visier

Seite 4

Fortsetzung nächste Seite...



Im Visier der Ermittler: K+S-Chef Norbert Steiner (links) und der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Ralf Bethke.

Foto: dpa

Staatsanwalt klagt die K+S-Spitze an

Der Kasseler Kalikonzern soll Salzlauge ohne gültige Genehmigung entsorgt haben

VON CAROLA BÖSE-FISCHER

HANNOVER. K+S-Chef Norbert Steiner gerät immer stärker unter Druck. Am Donnerstag kam die Hiobsbotschaft, dass die Aktie des Kasseler Kali- und Salzherstellers am 21. März aus dem Dax fliegt. Seit gestern sieht sich Steiner ebenso wie sein Vorgänger, der heutige Aufsichtsratsvorsitzende Ralf Bethke, dazu mit einer Anklage der Staatsanwaltschaft im thüringischen Meiningen wegen des Verdachts der Gewässerverunreinigung und des unerlaubten Umgangs mit gefährlichen Abfällen konfrontiert.

Insgesamt sind 14 Mitarbeiter des K+S-Konzerns angeklagt, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte. Außer den beiden Topmanagern seien weitere Vorstandsmitglieder darunter. Zudem richte sich die Anklage gegen zwei Mitarbeiter sowie einen ehemaligen Mitarbeiter des Thüringer Landesbergamtes. Von K+S war gestern keine Stellungnahme zu erhalten.

Ob ein Hauptverfahren eröffnet wird, muss das Landgericht Meiningen entscheiden. Wegen des „sehr umfangreichen Aktenmaterials“ werde dies „eine Zeit“ dauern, teilte das Gericht mit.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft geht es um 9,5 Millionen Kubikmeter Salzabwässer. K+S soll diese Rückstände der Kaliproduktion von 1999 bis 2007 in den aus einer porösen Gesteinsschicht bestehenden Boden im Gebiet der thüringischen Gemeinde Gerstungen „versenkt“ haben. Dadurch habe K+S „das über der Gesteinsschicht vorkommende natürliche Salzwasser, aber auch das Trinkwasser nachhaltig verunreinigt“, erklärte die Staatsanwaltschaft.

Genehmigt wurden die „Versenkun-

gen“ vom Landesbergamt Thüringen. Die Anklagebehörde zweifelt jedoch nach „umfangreichen Ermittlungen“ an der Rechtmäßigkeit: Zwischen K+S und Vertretern des Landesbergamtes müsse es ein „stillschweigendes Einverständnis“ gegeben haben, dass „die Genehmigungen rechtlich nicht zu vertreten gewesen sind“. Auch Gutachten, die quasi die Unbedenklichkeit der „Versenkungen“ bescheinigten, sind laut Staatsanwaltschaft „falsch“.

Den Stein ins Rollen brachte Gerstungen Bürgermeister Werner Hartung

schon 2008 mit einer Anzeige gegen unbekannt. Er habe sich große Sorgen wegen einer Vergiftung des Trinkwassers gemacht, sagte der parteilose Kommunalpolitiker der HAZ. Doch offensichtlich gestalteten sich die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft „wegen des komplexen Vorgangs“ schwierig. Im September 2015 gab es Durchsuchungen in der K+S-Zentrale – die nun zu der Anklage führten. Das sei für ihn eine späte Genugtuung, erklärte Hartung. Dies bestätige den Verdacht der Gemeinde von Anfang an, dass „mit gezinkten Karten“ gespielt worden sei.

Noch bleibt K+S bei seiner bisherigen Auffassung, dass die Vorwürfe „unbegründet“ und die erteilten Genehmigungen rechtmäßig seien. Erweist sich das als falsch, könnte es teuer für den Konzern werden. Laut Anklage werden die „Vorteile“, die K+S durch die „Versenkungen“ des Salzabwassers erlangt hat, „abgeschöpft“, ohne jedoch Zahlen zu nennen. Die „Wirtschaftswoche“ berichtete von etwa 325 Millionen Euro, die K+S zahlen müsste.

Die Börse zeigte sich weitgehend unbeeindruckt davon. Die K+S-Aktie legte am Freitag um mehr als 2 Prozent zu.

Wenzel fordert mehr Gewässerschutz

Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) fordert von den Kaliproduzenten mehr Anstrengungen zur Vermeidung von Salzabwässern. „Für die Einhaltung der Grenzwerte und die Verbesserung der Wasserqualität von Werra und Weser dürfen keine Maßnahmen unversucht bleiben“, sagte Wenzel am Freitag. Er sei überzeugt, dass die bisherigen Einleitungen von Produktionsabwässern in die Werra und die Versen-

kung in den Untergrund durch technische Maßnahmen umfassend reduziert werden könnten. Bislang werden die Abwässer und Abfallprodukte entweder im Boden verpresst, auf Halden gelagert oder in Flüsse eingeleitet. Seit mehr als 100 Jahren belasten die salzigen Abwässer Weser und Werra. Deutschland hat sich jedoch verpflichtet, Werra und Weser bis spätestens 2027 wieder in einen natürlichen Zustand zu versetzen.

Fortsetzung nächste Seite...

KOMMENTAR

VON
CAROLA BÖSE-FISCHER



K+S könnte leichte Beute werden

Nach dem abgewehrten Übernahmever Versuch des kanadischen Konkurrenten Potash wollte Norbert Steiner seinen Anteilseignern beweisen, dass K+S auch als eigenständiges Unternehmen eine attraktive Geldanlage ist. Doch das erwies sich als leeres Versprechen des K+S-Chefs. Seit dem vergangenen Sommer, als Potash sein Auge auf den Kasseler Dax-Konzern warf, hat sich der Aktienkurs annähernd halbiert – und K+S den Rauswurf aus der ersten Börsenliga beschert.

Als wäre das noch nicht genug, ist Steiner und mit ihm weitere Topmanager des Kali- und Salzproduzenten ins Visier der Justiz geraten. Dabei geht es um keine Bagatelle. Noch ist zwar nichts entschieden. Aber sollten die Richter den Vorwürfen der Staatsanwälte folgen und sich die illegale Entsorgung von Salzabwässern im großen Stil und mithin eine Gewässerschädigung bewahrheiten, könnte das verheerende Folgen für K+S haben, nicht nur finanzielle.

Steiner und Kollegen wären nicht mehr zu halten, das Unternehmen würde in eine schwere Führungskrise taumeln – und das Vertrauen der Aktionäre wäre wohl zerstört. Das, was der Konzernchef bislang mit allen Mitteln zu verhindern wusste, könnte eintreten: dass K+S dann doch zur leichten Beute für den Rivalen aus Kanada würde. Für die Mitarbeiter wäre das der Super-GAU.